

CDU und Landräte befürchten Kungelei beim Fluglärm

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/lesen/epa12468,83671,0,6>

Eine Bundestagsanfrage in Sachen Fluglärm birgt brisante Antworten seitens der Regierung, finden Politiker aus Südbaden



VON NILS KÖHLER
nils.koehler@suedkurier.de

Waldshut/Berlin – Ein gutes halbes Jahr ist die Ampel-Koalition in Berlin im Amt – Zeit, um zu fragen, was das FDP-geführte Bundesverkehrsministerium gegen die Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich unternimmt, fanden drei südbadische CDU-Abgeordnete. Sie machten dazu eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung.



Die wachsende Flugverkehrsbelastung ärgert viele Menschen in der Region. BILD: DPA

um, Oliver Luksic. Es sei besorgniserregend, schreiben Felix Schreiner (Waldshut), Thorsten Frei (Schwarzwald-Baar) und Andreas Jung (Konstanz) in einer Pressemitteilung: „Von einer Lösung des ungeklärten Flugverkehrsstreits sind wir weiter entfernt, als wir uns dies

reichend“. Sie kritisieren, dass Verhandlungen mit der Schweiz um einen neuen Staatsvertrag nicht mehr unternommen würden. Vielmehr ließen weitere Äußerungen aus dem Ministerium darauf schließen, dass es Gespräche gäbe, die „Verhandlungen im Hinterzimmer gleichzusetzen“ seien. „Genau das ist aber der falsche Weg, denn die Region Südbaden muss eng in das weitere Verfahren mit der Eidgenossenschaft eingebunden werden“, fordern die drei Abgeordneten.

Weiter werfen sie der Bundesregierung eine Rücksichtnahme gegenüber der Schweiz zu Lasten deutscher Interessen vor. Etwa durch eine mögliche Zustimmung zu dem von der Schweiz

chen über Südbaden ebenso bringen wie die Verkürzung von Sperrzeiten und geringere Flughöhen.

„Die Lesart der Schweiz über angebliche Sicherheitsinteressen des Flughafens werde von der Bundesregierung offensichtlich geteilt“, schreiben die Abgeordneten. Eine Zustimmung zur Änderung der DVO wäre laut Jung, Frei und Schreiner ein schwerer Rückschritt. „Mit einer Zustimmung würde sich die Ampel-Regierung fundamental gegen südbadische Interessen stellen“, die die alte CDU-geführte Bundesregierung verteidigt habe. „Die Bundesregierung muss die betroffenen Landkreise und das Land Baden-Württemberg bei allen weiteren Überlegungen einbin-

Landkreise über die Antwort aus Baden-Württemberg. Insbesondere die mögliche Zustimmung zum BR 2014 stößt ihnen mächtig auf. Damit „zeichnet sich ein für uns nicht hinnehmbarer Politikwechsel an“, nachdem das Bundesverkehrsministerium anscheinend nunmehr bereit ist, der Schweiz für die Umsetzung des BR 2014 die Hand zu reichen“. Eine Zustimmung werde man „weiterhin vehement ablehnen“, erklären Martin Kistner (Waldshut), Sven Hinterseh (Schwarzwald-Baar) und Zeno Danner (Konstanz) in einer Mitteilung. Erst kürzlich hatten Landräte und Politiker aus der Region ein Gespräch mit Oliver Luksic in Berlin. Man habe den Eindruck gehabt, dass er die Besorgnisse un-